

Text

Alexandra Borchardt: So ein Schwarm kann sehr dumm sein (2012)**Wie verhält sich das Internet zur Demokratie? Eine Hildesheimer Tagung weiß Antworten**

Vor kurzem schockierte eine fünfzehnjährige Kanadierin die Welt, als sie mit einem Film auf Youtube ihren Selbstmord ankündigte, den sie später vollzog. Cybermobbing, also massenhafte Verunglimpfung im Netz, hatte sie in den Tod getrieben. Wer dazu wie viel beigetragen hatte, wird sich kaum ermitteln lassen. Das sei nur ein Einzelfall, könnte man sagen und liegt damit nicht vollkommen falsch. Und doch

bedrohen Anonymität und Atomisierung in der digitalen Welt nicht nur die Menschenwürde, sondern lassen die Verantwortung eines jeden Einzelnen dafür, die Würde seiner Mitmenschen zu respektieren, unter neuen Voraussetzungen erscheinen.

„Gelten Menschen- und Bürgerrechte im Internet?“, fragte Nordrhein-Westfalens ehemaliger Ministerpräsident Jürgen Rüttgers am Wochenende auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft an der Universität Hildesheim. Sie hatte sich das Internet als „Bereicherung oder Stressfaktor für die Demokratie?“ zum Thema gemacht.

Wer das Netz als Befreiungstechnologie betrachtet, wird bezweifeln, dass es überhaupt eine solche Frage gibt. Eröffnen die digitalen Wege nicht unzählige Möglichkeiten, die Bürgerrechte zu viel geringeren Kosten auszuüben als je zuvor? Ist das Netz nicht gerade ein Ich-Medium, das die Stimme des Einzelnen stärkt, ihn seine Meinung in die Welt blasen lässt, wann immer er will, seine Gedanken und Bilder verbreitet, ihn mit etwas Glück ohne Manager zur Prominenz verhilft, und sei es als Depp in einem tausendfach geklickten Video? Ein unzufriedener Kunde kann über eine Twitter-Botschaft einen „shitstorm“ auslösen, der Top-Manager in Konzernen tagelang beschäftigt. Das ist das Einerseits.

Das Andererseits aber wiegt schwer. Denn das Internet befreit die darin Handelnden von den Konsequenzen ihres eigenen Tuns, wenn sie in der Masse untergehen oder Ursache und Wirkung wegen Tausender dazwischen liegender Klicks nicht mehr zusammenhängen. Gerade hat ein BGH-Urteil Eltern weitgehend von der Haftung befreit, wenn ihre Kinder ohne Wissen der Eltern illegal Daten herunterladen. Und wer zahlt für die Folgen versehentlich einberufener Facebook-Partys? Wer erstattet den Schaden, wenn Unternehmen Opfer einer unberechtigten (vielleicht vom Konkurrenten lancierten?) Kampagne werden?

Wer therapiert den Menschen, der – wie in Emden geschehen – in falschen Mordverdacht gerät? Im Netz regiert der Schwarm, und mit ihm nicht nur Schwarmintelligenz, sondern auch „Schwarmdummheit und Schwarmfeigheit“, wie es der Politologe Karl-Rudolf Korte von der Universität Duisburg-Essen auf der Tagung formulierte. Die Folgen ausbaden müssen andere. Das Netz stellt damit das Rechtssystem infrage, das auf dem Konzept des bewusst handelnden Individuums basiert.

Das Netz ist selten arm, manchmal auch gebildet und häufig männlich

So wie der Einzelne in der digitalen Welt in vielen Fällen nicht haftet, so profitiert er aber auch nicht mehr. Die Gegner des Urheberrechts zum Beispiel erkennen ihn nicht mehr als Schöpfer von Ideen an. Der Jurist Michael Hassemer (TU Kaiserslautern) sieht darin einen Paradigmenwechsel. Der Beginn der säkularen Gesellschaft sei dadurch markiert gewesen, dass der einzelne Bürger Schöpfer eines Werkes sein konnte, was zuvor nur Gott vorbehalten war. Nun werde ihm diese Souveränität abgesprochen. „Die Krise des Urheberrechts ist eine Krise des Subjekts“, sagte Hassemer in Hildesheim. Riskant für die Demokratie ist ferner, dass bei Beteiligungsprozessen über das Netz das Grundprinzip „one person, one vote“ seine Geltung verliert. Was nach den Stimmen der Vielen aussieht, kann sich als ein lauter Chor der Wenigen erweisen. Politiker überrascht es immer wieder, dass bei Bürgerentscheiden oder Wahlen, in denen jede Stimme das gleiche Gewicht hat, die wirkliche Mehrheit weit weg von der gefühlten Mehrheit liegt.

Dies könnte man als Korrektiv betrachten. Doch Meinungsbildung ist nicht statisch. Menschen lassen sich durch eine über das Netz suggerierte Mehrheit beeinflussen. Unternehmen kaufen deshalb Fans dazu oder erfinden sie. So sind laut einer an der Universität Mailand veröffentlichten Untersuchung zum Teil nur die Hälfte der „follower“ eines Unternehmens Menschen aus Fleisch und Blut. Wie das funktioniert, wissen auch Regierungen. Die Twitter-Schlacht im jüngsten Nahost-Konflikt ist ein Beispiel dafür. Die „Infor-

mation Operation", also das bewusste Manipulieren auch von halböffentlichen Äußerungen, nehme rasant zu, berichtete Sandro Gayken, der im Planungsstab des Auswärtigen Amtes die IT-Außenpolitik Deutschlands mitprägt. Die USA zum Beispiel, die dies daheim nicht dürften, seien diesbezüglich vor allem in

Asien und Russland extrem aktiv.

Über das Internet bildet sich zudem eine neue Klassengesellschaft heraus. Netz-affine, gebildete, mit reichlich Zeit ausgestattete Bürger beeinflussen die Meinung im Internet weit überproportional. An der öffentlichen Haushaltspolitik in Hildesheim zum Beispiel hätten sich über das Netz und Bürgerversammlungen nur 0,2 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt, berichtete Marianne Kneuer, die den Forschungsschwerpunkt Politik und Internet an der dortigen Universität leitet. Wer arm ist, ungebildet, zu alt oder zu beschäftigt mit anderen Dingen des Lebens kommt in der digitalen Welt nicht vor. Diese Welt ist zudem eine vorwiegend männliche, weil das Medium nicht nur dem Technikinteresse, sondern auch einer Art Geltungsdrang entgegenkommt, die bei Männern besonders verbreitet ist. Die Piraten¹ sind ein Abbild davon.

Neben den Prinzipien Verantwortung und Repräsentation hebt die digitale Welt auch Kontrollinstanzen aus. „Kill the middleman“ lautet die von vielen jungen Leuten zunächst einmal als froh erachtete Botschaft. Warum Händler bezahlen, wenn ich mein Produkt billiger direkt vom Hersteller beziehen kann? Wozu Massenmedien, wenn sich Sender und Empfänger direkt im digitalen Raum begegnen können? Warum einen Abgeordneten entscheiden lassen, wenn man direkt mit der Regierung kommunizieren kann? Aber Achtung: Der Händler selektiert und kontrolliert die Qualität. Und sind Sender und Empfänger stets einander direkt ausgeliefert, wird der Empfänger von der Flut der Informationen erdrückt. „Durch das Internet findet eine Entpolitisierung statt“, sagte Barbara Zehnpfennig von der Universität Passau, die durchaus nicht glaubt, dass mehr Transparenz auch mehr Demokratie bedeuten muss. Denn vollkommene Transparenz zerstöre, vor allem wenn sie mit großem Zeitdruck verbunden ist, die

Schutzräume, in denen Demokratie erst gedeihen kann: Diskretion und Diplomatie, die Zeit zum Reifen von Überzeugungen, der öffentliche, von Medien gebündelte Diskurs. Demokratie braucht außerdem Dezentralität. Die Euro-Krise führt die Akteure täglich an die Grenzen dessen, was grenzüberschreitend erforderlich und dennoch demokratisch legitimiert ist. Die digitale Welt ist dabei vergleichbar mit der Finanzwelt. Geld- und Datenströme fließen global, Akteure sind global agierende Finanz- und IT-Konzerne. Die Kontrolle dagegen ist weitgehend national organisiert. Regelverletzungen lassen sich nur mit großer Mühe in den Griff bekommen. Wobei die Freiheit des weltweiten Internets noch eine Glaubensfrage ist, die Freiheit der weltweiten Finanzmärkte schon länger nicht mehr. Autoritäre Regime begegnen dieser Glaubensfrage auf eigene Weise. Sie glauben daran, dass sich ihre Macht mithilfe des Netzes stabilisieren lässt, indem sie Bürgern die Illusion von Freiheit verschaffen und sie gleichzeitig kontrollieren. In China zum Beispiel nutzt ein verschwindend geringer Teil der Menschen das Netz zum politischen Diskurs, die anderen vergnügen sich damit und informieren sich über Regierungsangebote. China habe sehr genau im Westen beobachtet, welche Probleme man sich mit dem Internet einhandeln könne und steuere kräftig dagegen, berichtete die Sinologin und Politikwissenschaftlerin Nele Noesselt vom „GIGA Institute of Asian Studies“ in Hamburg. Bei einem großen Teil der in China verbreiteten Netznachrichten, der Microblogs, sei der Staat der Absender.

Zu lange haben die demokratischen und meinungsbildenden Institutionen so getan, als wäre das Internet lediglich ein Kanal mehr zum Bestellen von Büchern und Versenden von Post. Dabei prägt das Netz alles: vom Handel über das Liebesleben bis hin zum Krieg. Es wird Zeit, wieder über Demokratie zu reden. Deren Institutionen müssen sich den digitalen Raum zurückerobern.

¹ Gemeint ist die Piratenpartei, die vor einigen Jahren gegründet wurde.

— (Aus: Süddeutsche Zeitung vom 19. November 2012)

Aufgaben

1. Fassen Sie den Inhalt des Textes zusammen.
2. Arbeiten Sie heraus, wie die Autorin das Verhältnis von Internet und Demokratie einschätzt. Vergleichen Sie mit den Hoffnungen, die im Artikel von Stefan Schultz (Themenheft S. 51) formuliert werden.